

Beteiligungsscoping Rückhalteraum Elisabethenwört

**Dokumentation der ersten Sitzung am 24. November 2014
im Sebastianusheim, Philippsburg-Rheinsheim**





Inhalt

Programm	3
Ausblick: Ziele und Ablauf	4
Kurzvorträge	5
Einblick: Öffentlichkeitsbeteiligung für den Rückhalteraum Elisabethenwört	5
Überblick: Ablauf des Planungsprozesses	5
Orientierung: Module der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	6
Ergänzende Fragen aus dem Plenum	7
Tischgruppen- und Plenumsdiskussionen	8
Projektbegleitkreis	8
Arbeitsgruppen	9
Einbindung Gemeinderäte/ kommunale Gremien	11
Öffentliche Veranstaltungen	12
Presse- und Medienarbeit	13
Weitere Aktivitäten	14
Themenspeicher	15
Anhang	17



Programm

Zeit	Modul	Wer
18:00-18:05	Begrüßung	Stefan Martus, Bürgermeister Philippsburg
18:05-18:15	Ausblick: Ziele und Ablauf	Horst Kugele, Regierungspräsidium Karlsruhe Dr. Antje Grobe, DIALOG BASIS
18:15-18:30	Einblick: Öffentlichkeitsbeteiligung für den Rückhalteraum Elisabethenwört	Ralf Hübner, Regierungspräsidium Karlsruhe
18:30-18:45	Überblick: Ablauf des Planungsprozesses	Dr. Bruno Büchele, wat Ingenieurgesellschaft mbH
18:45-19:00	Orientierung: Module der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	Dr. Antje Grobe, DIALOG BASIS
19:00-20:00	Im Dialog: Wie soll die Öffentlichkeit beteiligt werden? Tischgruppen- und Plenumsdiskussion	Alle
20:00-20:15	Pause	
20:15-21:15	Vertiefung und Ergänzung: Welche Themen sollen bearbeitet, welche Akteure beteiligt werden? Tischgruppen- und Plenumsdiskussion	Alle
21:15-21:30	Rückblick auf den Abend und weitere Schritte	Horst Kugele, Regierungspräsidium Karlsruhe Dr. Antje Grobe, DIALOG BASIS

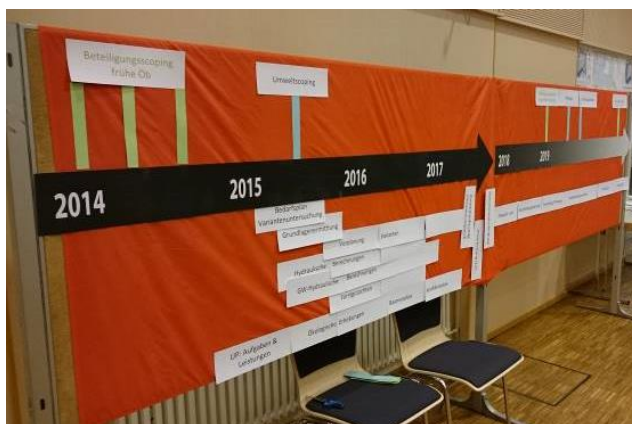
Ausblick: Ziele und Ablauf

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Hausherrn, dem Philippsburger Bürgermeister Stefan Mar-
tus, führte Horst Kugele, der Leiter des Referats 53.1 - Gewässer I. Ordnung, Hochwasserschutz, Pla-
nung im Regierungspräsidium Karlsruhe, in die Thematik des Abends ein. Ziel des sogenannten Betei-
ligungsscopings sei es, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt mit der Öffentlichkeitsbeteiligung einzu-
setzen noch bevor die Planung begonnen habe, so Kugele. Im Mittelpunkt des Abends stehe deshalb
die Frage, wie die Beteiligung der Öffentlichkeit in der Planungsphase aussehen könne. Bürgerinnen
und Bürger, Verbände, Träger öffentlicher Belange sowie die betroffenen Kommunen sind eingela-
den den gesamten Beteiligungsprozess selbst mit zu gestalten und formale wie inhaltliche Schwer-
punkte zu setzen.

Das Regierungspräsidium habe bei seinen Planungen viel Wert auf eine frühzeitige und umfassende
Information der Beteiligten, auf Transparenz und Zusammenarbeit gelegt. Der Polderbeirat für den
Rückhalteraum Rheinschanzinsel sei ein Beispiel, wie Beteiligungsformate die Planungsphase ergän-
zen und bereichern können. Bei diesem Verfahren habe der Dialog aber erst mit Vorlage eines Pla-
nungsentwurfs eingesetzt. Mit der neuen Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung (VwV)
setze die Öffentlichkeitsbeteiligung nun frühzeitiger als bei bisherigen Planungsprozessen ein. Die
Beteiligten am Beteiligungsscopings gestalten mit, wann und in welcher Form wer informiert und in den
Planungsprozess eingebunden werden soll. Die entsprechenden Prozesse, Verfahren und Begriffe
seien für alle Beteiligten Neuland.

Im Namen des Regierungspräsidiums formulierte Herr Kugele seine Erwartungen an den Prozess der
frühen Öffentlichkeitsbeteiligung so: Er diene dazu, Interessen und Meinungen sachlich auszutau-
schen, Menschen zusammenzuführen und Brücken zu bauen. Ziel soll es sein, zunächst geeignete
Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu entwickeln, um schließlich gute und akzeptierte Lösungen
für eine tragfähige Variantenentscheidung zu finden.

Die Moderatorin Dr. Antje Grobe von DIALOG BASIS erläuterte an einem vier Meter langen Zeitstrahl,



wie sich frühe Öffentlichkeitsbeteiligung von
den klassischen Beteiligungsformaten im Ge-
nehmigungsverfahren unterscheidet. Die
frühe Beteiligung der Öffentlichkeit und damit
die Berücksichtigung von Wissen vor Ort kön-
ne späteren Verzögerungen im Genehmi-
gungsverfahren vorbeugen und mache die
Planung und Umsetzung von Projekten inhalt-
lich besser und damit tragfähiger. Vor allem in
der frühen Phase der Gutachtenerstellung, sei
es wichtig, lokale Akteure mit ihren Anliegen

und Erfahrungswissen einzubinden. Dieses Vorgehen werde den Vorhabenträgern auch durch die
neue Verwaltungsvorschrift und den Planungsleitfaden des Landes Baden-Württemberg empfohlen.



Um Antworten auf die Fragen zu finden, wie, zu welchem Zeitpunkt und wer beteiligt werden könnte, benötige man die aktive Mitarbeit aller Anwesenden. Konkret werde man erste Antworten an diesem Abend in zwei aufeinanderfolgenden Tischgruppen- und Plenumsdiskussionen entwickeln. Einige Vorschläge dazu habe man bereits in Vorgesprächen im Vorfeld der Veranstaltung gehört. Die heutige Veranstaltung setze den Rahmen für den Beteiligungsfahrplan der Planungsphase, den man gemeinsam Ende Februar, in der zweiten Veranstaltung des Beteiligungsscopings, vertiefen werde.

Kurzvorträge

Einblick: Öffentlichkeitsbeteiligung für den Rückhalteraum Elisabethenwört

Ralf Hübner, Projektleiter in der Abteilung Umwelt, Referat 53.1 des Regierungspräsidiums Karlsruhe, bot in seinem Vortrag einen Einblick in die Zielsetzung für den Abend, fasste noch einmal die wesentlichen Fakten des geplanten Rückhalteraum Elisabethenwört als Bestandteil des Integrierten Rheinprogramms zusammen und skizzierte Möglichkeiten und Grenzen einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung. Alle Fragen, Anregungen und Bedenken aus der Auftaktveranstaltung am 23. Juli in Dettenheim wurden zusammen mit dem Protokoll transparent für alle Bürgerinnen und Bürger auf der Projekthomepage eingestellt. Diese sei auch über www.rp-karlsruhe.de >>Themen >>Umwelt erreichbar.

Ziel der Veranstaltung sei es, den Umfang und die Form der Öffentlichkeitsbeteiligung gemeinsam zu entwickeln und die Ergebnisse in einem Beteiligungsfahrplan festzuhalten. Im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms (IRP) solle das durch internationale Verträge fixierte Hochwasserschutzziel, sowie die Erhaltung, beziehungsweise die Regeneration der Auen, am Oberrhein erfolgen. Hierbei habe sich die Rheininsel Elisabethenwört bereits in den 90er Jahren als grundsätzlich geeigneter Rückhalteraum erwiesen. Bei der nun anstehenden Umsetzung, gebe es 6 Varianten, welche ergebnisoffen untersucht würden. Dabei werde das Regierungspräsidium Karlsruhe, als Vorhabenträger, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über den aktuellen Planungsstand geben und sie so früh wie möglich am Planungsprozess beteiligen, so dass das Wissen vor Ort mit berücksichtigt werden kann. Ziel seien möglichst konsensfähige Entscheidungen seitens des Vorhabenträgers. Allerdings müsse man sich auch bewusst sein, erklärte Herr Hübner, dass Entscheidungen zwar von der Öffentlichkeitsbeteiligung beeinflusst werden, letzten Endes aber in der rechtlichen Verantwortung beim Regierungspräsidium Karlsruhe bleiben müssen.

Die vollständige Präsentation von Ralf Hübner finden Sie auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe unter http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/show/1395576/rpk53.1_ew_bs_141124_praesentationen.pdf (S. 3-14)

Überblick: Ablauf des Planungsprozesses

Dr. Bruno Büchele von der wat Ingenieurgesellschaft mbH, ging in seinem Vortrag auf die konkrete Rolle seines Unternehmens im Planungsprozess, den aktuellen Projektstand und den komplexen geplanten Ablauf der Planung bis zur Variantenentscheidung ein.

Als Projektsteuerer sei die wat Ingenieurgesellschaft mbH beim Projekt Rückhaltraum Elisabethenwört dem Regierungspräsidium Karlsruhe, als Vorhabenträger, unterstellt. Man unterstütze vor allem im Bereich des Projektmanagements und lasse dabei die beschlossene frühe Bürgerbeteiligung in die



Projektplanung einfließen. Zum aktuellen Stand des Prozesses berichtete er, dass derzeit EU-weite Vergabeverfahren laufen bzw. vorbereitet werden, um die (Fach-) Planer und Gutachter für den Bereich der Umweltplanung und Wasserbauplanung als Projektpartner zu gewinnen. Ergänzende Fachgutachten werde man im Bereich der Grundwasserhydraulik und der Forstwirtschaft einholen, wobei für diese keine EU-weiten Ausschreibungen vorgeschrieben seien, so Herr Dr. Büchele. Er zeigte weiter auf, welche konkreten Planungs- und Untersuchungsschritte ungefähr über welche Zeiträume bis zur endgültigen Variantenentscheidung getätigt werden müssen und erläuterte, welche Inhalte hierbei abzudecken sind.

Die vollständige Präsentation von Dr. Bruno Büchele finden Sie auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe unter http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/show/1395576/rpk53.1_ew_bs_141124_praesentationen.pdf (S. 16-21)

Orientierung: Module der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

Im nächsten Schritt zeigte Dr. Antje Grobe auf, was unter früher Öffentlichkeitsbeteiligung zu verstehen ist, was in diesem Rahmen ein Beteiligungsscopings darstellt und mit welchen Modulen eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden könnte.

Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung wird nach Vorgabe der VwV in Baden-Württemberg und dem dazugehörigen Planungsleitfaden noch vor der Antragstellung vom Vorhabenträger – in diesem Fall vom Regierungspräsidium Karlsruhe initiiert. Generelles Ziel der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ist es, über die Ziele des Vorhabens zu informieren, die Mittel zur Verwirklichung zu erörtern und die voraussichtlichen Auswirkungen zu diskutieren. Außerdem solle der Öffentlichkeit dabei die Möglichkeit gegeben werden, sich zu äußern und möglichst zu einem frühen Zeitpunkt das Wissen vor Ort einzubringen. Planungsunterlagen sollen so gemeinsam verbessert und Konfliktpotentiale frühzeitig erkannt werden. Zu Beginn einer frühen, nicht-förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung nach VwV steht das Beteiligungsscopings. Die Bürgerinnen und Bürger können hierbei einbringen, ob eine zusätzliche Bürgerbeteiligung neben der gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsformen überhaupt gewünscht und zweckmäßig ist und wenn ja, welche Methoden hierzu eingesetzt werden können. In diesem Sinn sei es das Ziel dieser und einer zweiten Veranstaltung am 25. Februar 2015 gemeinsam einen Beteiligungsfahrplan für den Rückhalteraum Elisabethenwört zu entwickeln. Gemeinsam müsse man sich also zunächst überlegen, welche Formen geeignet sein könnten. Um die Diskussion zu möglichen Formaten anzuregen wurden einige Formen erläutert wie z.B. ein Projektbegleitkreis, Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, öffentliche Veranstaltungen und oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Umsetzung des Rückhalteraums Elisabethenwört.

Die vollständige Präsentation von Dr. Antje Grobe finden Sie auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe unter http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/show/1395576/rpk53.1_ew_bs_141124_praesentationen.pdf (S. 22-35)

Die Verwaltungsvorschrift (VwV) Öffentlichkeitsbeteiligung in Baden Württemberg sowie der Planungsleitfaden ist unter folgendem Link abrufbar: <http://beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de/de/kommentieren/planungsleitfaden-und-vwv-oeffentlichkeitsbeteiligung/verwaltungsvorschrift-oeffentlichkeitsbeteiligung/>

Ergänzende Fragen aus dem Plenum

Bevor in den Tischgruppen über die möglichen Module der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert wurde, wurde kritisch zu den Vorträgen nachgefragt:

- Einige Rheinsheimer Bürgerinnen und Bürger äußerten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Vorhaben. Es wurde hinterfragt, ob der Rückhalteraum Elisabethenwört notwendig sei. Mit Hinweis auf seine Präsentation betonte Herr Hübner, dass das Hochwasserschutzziel am Oberrhein nur erreicht werden könne, wenn alle vorgesehenen Maßnahmen des Integrierten Rheinprogramms auch umgesetzt werden. Auf Nachfrage wurde bestätigt, dass dies auch die Meinung der Regierungspräsidentin sei und dass diese über alle Inhalte des Verfahrens und auch des Beteiligungsscopings unterrichtet wurde und auch in Zukunft eingebunden sein wird.
- Ein Teilnehmer forderte mehr und besser zugängliche Hintergrundinformationen zum Projekt und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung auf der Internetseite des RPs. Es wurde angeregt, dass Dokumente wie z.B. die deutsch-französische Vereinbarung von 1982, der Beschluss des Landes von 1988, der Abschlussbericht von 1992 sowie der Planungsleitfaden und die neue Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung des Landes Baden-Württemberg auf der Internetseite des Regierungspräsidiums zur Verfügung gestellt werden sollten. Es wurde von Seiten des RPs darauf hingewiesen, dass bereits eine Vielzahl von Dokumenten eingestellt worden sei, und dass man aber gerne prüfe ob noch - und wenn ja welche - Dokumente vom Regierungspräsidium Karlsruhe zu Verfügung gestellt werden können.

Weitere Fragen aus dem Plenum widmeten sich der Erwartungshaltung des Vorhabenträgers an die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger sowie den tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess. Von Seiten des RPs erklärte Ralf Hübner, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Rechenschaftspflicht gegenüber Dritten hätten. Vielmehr sollen und dürfen sie sich auf freiwilliger Basis mit ihrem gesunden Menschenverstand am weiteren Prozess beteiligen. Er betonte noch einmal, dass das Regierungspräsidium letztlich für alle Entscheide verantwortlich sei. Im Verfahren selbst gehe es darum, das Wissen und den „Sachverstand“ vor Ort mit einzubeziehen.

Tischgruppen- und Plenumsdiskussionen

In zwei Diskussionsrunden setzten sich die vom RP Karlsruhe eingeladenen Teilnehmenden mit den vorgeschlagenen Modulen der Öffentlichkeitsbeteiligung – einem Projektbegleitkreis, möglichen Arbeitsgruppen, einer Einbindung gemeindlicher Gremien, öffentlichen Veranstaltungen, Presse- und Medienarbeit – auseinander. Zudem äußerten die Teilnehmenden den Wunsch nach weiteren Aktivitäten. Zunächst wurden die Module mit Fokus auf die Formate an sich, später unter Berücksichtigung möglicher Themen und Akteure diskutiert. Die Ideen, Wünsche und Vorschläge wurden sowohl auf sogenannten „Sticky Walls“, als auch im digitalen Simultan-Protokoll (Runde 2) festgehalten. Im Einzelnen erarbeiteten die Teilnehmenden folgende Vorschläge für die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung in der Planungsphase:

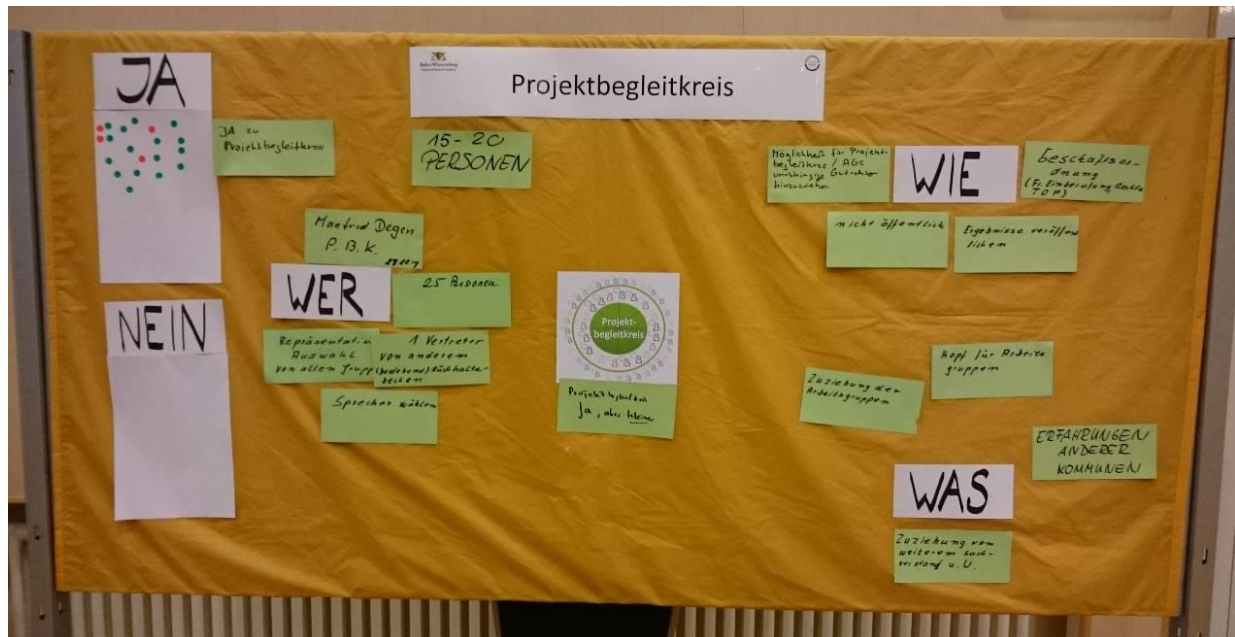
Projektbegleitkreis

Der in den Vorgesprächen entwickelte Vorschlag, einen Projektbegleitkreis für den Rückhalteraum Elisabethenwört einzurichten, stieß auf breite Zustimmung. Ein ähnliches Beteiligungsformat kannten viele bereits durch den „Polderbeirat“ des Rückhalteraaumes Rheinschanzinsel. Mit **WAS** sich ein Projektbegleitkreis beschäftigen soll, **WIE** dieser arbeiten und **WER** daran beteiligt werden könnte, diskutierten die Teilnehmenden mit folgenden Vorschlägen:

WAS? Der Projektbegleitkreis soll das Projekt von Anfang bis zur Inbetriebnahme verfolgen, so eine Vielzahl von Kommentaren. Dabei sollte die Gruppe sicherstellen, dass das Wissen vor Ort, entsprechend den Themen der Projektplanung, eingebracht wird. Konkret könnte der Projektbegleitkreis verschiedene Arbeitsgruppen empfehlen und die daran Beteiligten vorschlagen. Ein Projektbegleitkreis könnte somit als „Kopf“ bzw. als Steuerungszentrale für die Arbeitsgruppen dienen. Wichtig wäre auch, dass Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen in der Projektbegleitgruppe zentral zusammenlaufen. Ein konkreter Vorschlag war, dass die Begleitgruppe und ihre Mitglieder als Multiplikatoren zwischen Projektpartnern und breiter Öffentlichkeit fungieren könnten. Zudem wurde vorgeschlagen, dass der Kreis auch Empfehlungen und Formulierungsvorschläge für geeignete, verständliche Zusammenfassungen von Ergebnissen erarbeiten könnte.

WIE? Der Projektbegleitkreis sollte in nicht-öffentlichen Sitzungen (das heißt auf die vorab definierten Vertretenden der Öffentlichkeit begrenzt) regelmäßig tagen, so ein Vorschlag. Die Ergebnisse der Sitzungen sollten protokolliert, abgestimmt und anschließend der breiten Öffentlichkeit im Internet zur Verfügung gestellt werden. Zudem könne es eine Art Geschäftsordnung geben, die die Rechte und Pflichten der Mitglieder sowie die Regeln des Dialogs festlegt.

WER? Der Projektbegleitkreis soll Vertretungen der wichtigsten Interessensgruppen frühzeitig zusammen bringen. Die Teilnehmenden empfehlen eine Personenanzahl von 15-25 Mitgliedern; einzelne Personen wurden bereits vorgeschlagen. Zusätzlich zu den lokalen Akteuren könnten auch Vertretende von bestehenden Rückhalteräumen anderer Kommunen sowie unabhängige Sachverständige hinzugezogen werden, die im Projektbegleitkreis über ihre Erfahrungen berichten könnten. Eine genauere Liste von möglichen Mitgliedern wird in der nächsten Veranstaltung zum Beteiligungsfahrplan erstellt. Alle Teilnehmenden wurden gebeten, in ihrer Interessengruppe zu prüfen, wer einen Sitz im Projektbegleitkreis haben soll und wer bereit wäre, an den Arbeitsgruppen teilzunehmen.



Schnakenvorkommen, die für die verschiedenen Varianten diskutiert werden müssten. Hierzu gehören auch Untersuchungen zu den Auswirkungen von ökologischen Flutungen auf die Schnakenbestände.

○ **AG Grundwasser**

Die Sorgen, dass sich ein Rückhalteraum Elisabethenwört negativ auf die Grundwassersituation in der Region auswirken könnte, waren unter den Teilnehmenden verbreitet. Es wurde vorgeschlagen, eine AG könnte sich dieser Thematik annehmen und z.B. die konkrete Betroffenheit von Menschen und Gebäuden oder Flurstücken klären, die Auswirkungen von aktiven Poldern auf den Grundwasserstand untersuchen sowie mögliche Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen entwickeln.

○ **AG Hochwasser(-schutz)**

Es wurde eine Arbeitsgruppe angeregt, die sich mit den generelleren Auswirkungen von Hochwasser auf die Region sowie effektiven Maßnahmen des Hochwasserschutzes beschäftigt. Dazu könnten auch Themen wie die Sanierung und Pflege von bestehenden Dämmen sowie die Erhaltung und Optimierung von Vorflutsystemen gehören. Im Verlauf der Diskussion wurde festgestellt, dass diese Themenfelder außerhalb des eigentlichen Projektes zum Rückhalteraum Elisabethenwört liegen. Es wurde vorgeschlagen, diese Anliegen in den Themenspeicher aufzunehmen. Eine Diskussion hierzu könnte auf der nächsten Veranstaltung stattfinden.

○ **AG Landwirtschaft**

Aufgrund der großen Flächenanteile der Landwirtschaft auf der Insel Elisabethenwört, wurde angeregt, dass sich eine AG mit den variantenabhängigen Auswirkungen eines Rückhalterumes auf die Landwirtschaft beschäftigen könnte.

○ **AG Baustelle**

Zu einem späteren Zeitpunkt, gegen Ende der Planungsphase, soll es auf Wunsch der Teilnehmenden eine AG geben, die Lösungsansätze für die nötige Infrastruktur und Logistik in der Bauphase entwickelt. Ziel sollte es sein, eine Mehrbelastung der Anwohner durch den Baustellenverkehr weitestgehend zu minimieren.

○ **AG Ingenieursplanung**

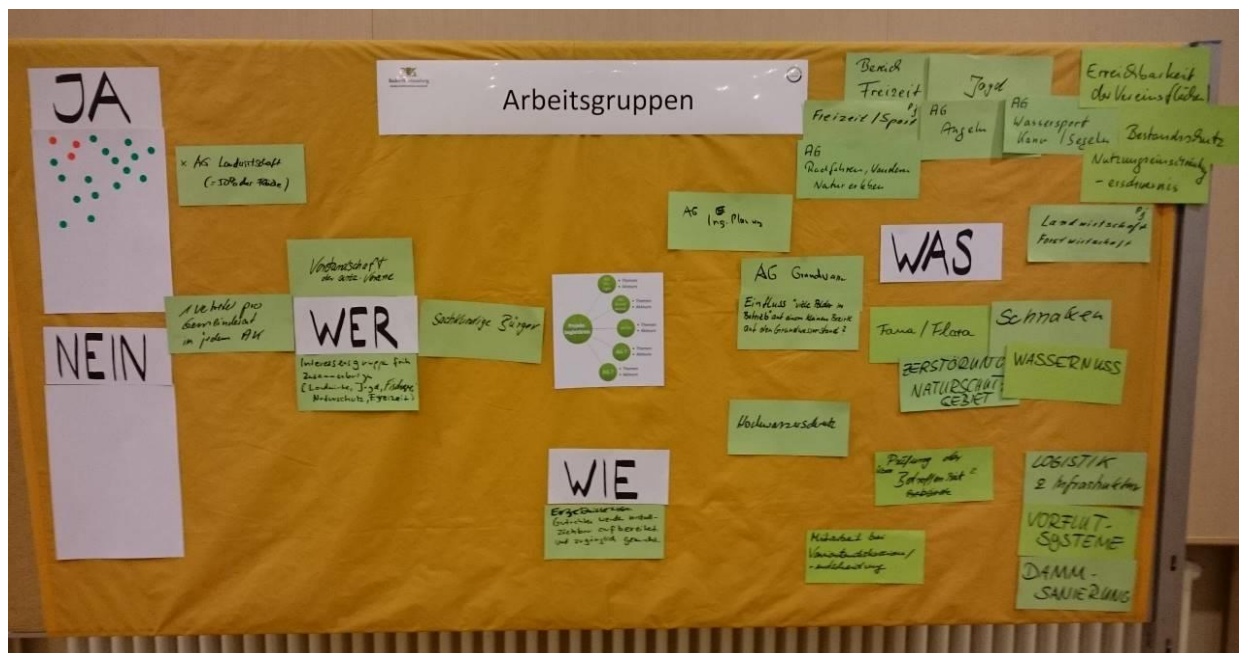
Diese AG könnte sich begleitend mit allen Planungsschritten befassen, die Ingenieursleistungen erfordern, wie z.B. die hydraulischen Berechnungen oder die Bauwerkplanungen.

○ Weitere, nicht näher erläuterte Vorschläge betrafen AGs, die sich mit den Auswirkungen auf die **Forstwirtschaft**, auf die **Jagd**, sowie auf die **Fischerei** vor Ort auseinandersetzen.

Welche Arbeitsgruppen genau mit welchen Inhalten gebildet werden, wird in der nächsten Veranstaltung vertieft und anschließend festgelegt. Anpassungen während des Prozesses sind gewünscht und können zur Effizienz deutlich beitragen.

WIE? Als verlängerter Arm des Projektbegleitkreises, könnten die AGs die Aufgabe haben, die wichtigsten Themen vertieft zu bearbeiten. Dazu gehöre zum Beispiel auch, dass die Wissensträger vor Ort aktiv in die Gutachtenerstellung in beratender Funktion einbezogen werden. Wichtig sei es auch, so eine weitere Anregung, die Informationsmaterialien von Seiten der Gutachtenden frühzeitig zur Verfügung zu stellen. Einige Teilnehmende wünschten sich, dass die AGs zudem aktiv an der Variantendiskussion beteiligt werden. Im Sinne der Rückkopplung müsse die Arbeit in den einzelnen Gruppen eng mit der Arbeit in den anderen Modulen der Öffentlichkeitsbeteiligung verzahnt sein.

WER? Die Zusammensetzung aller AGs sollte so heterogen, d.h. so gemischt wie möglich sein, um einseitige Interessensvertretung zu verhindern. In jeder AG sollten neben themenspezifischen Interessensgruppen, Vereinsvorständen und betroffenen Anwohnern auch sachkundige Bürger beteiligt sein. Zu achten wäre zudem auf eine angemessene Beteiligung der drei Kommunen. Des Weiteren wurde vorgeschlagen, dass es einen Sprecher geben sollte, der zugleich einen Sitz im Projektbeirat hat, um den Informationsfluss zwischen Arbeitsgruppe und Projektbeirat zu fördern.



Einbindung Gemeinderäte/ kommunale Gremien

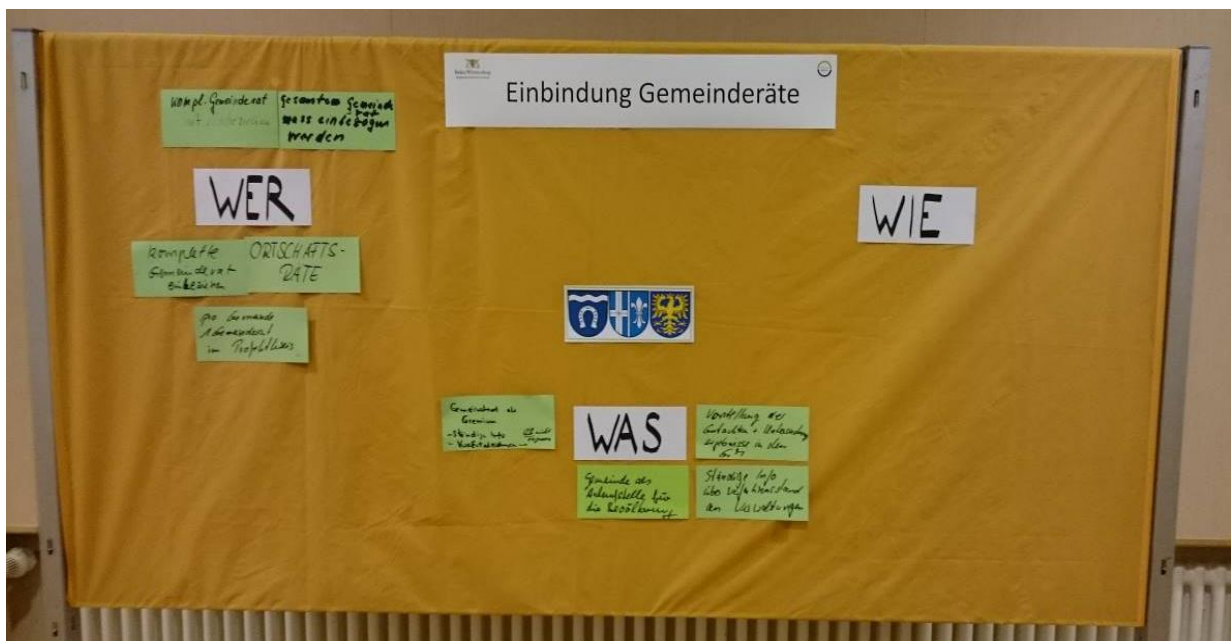
Ein weiteres Element der Öffentlichkeitsbeteiligung, dessen Wichtigkeit sich bereits in den Vorgesprächen angedeutet hatte, ist die Einbindung der drei Gemeinderäte der betroffenen Kommunen – oder im weiteren Sinne der kommunalen Gremien von Philippsburg, Dettenheim und Germersheim. Auf die Fragen **WAS** für eine Funktion die Gemeinderäte im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung übernehmen könnten, **WIE** die Einbindung funktionieren könnte und **WER** genau beteiligt werden sollte, wurden folgende Antworten gefunden:

WAS? Vorgeschlagen wurde außerdem, dass den kommunalen Gremien in der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Rückhalteraum Elisabethenwört eine Vermittlerfunktion zwischen Politik/ Verwaltung und der Bürgerschaft zukommen könnte. Die Gemeindevertretenden könnten somit auch als Anlaufstelle für nicht direkt beteiligte Bürgerinnen und Bürger fungieren.



WIE? Um eine solche Vermittlerrolle übernehmen zu können, sollten die kommunalen Gremien regelmäßig über den aktuellen Planungs- und Verfahrensstand informiert werden – und zwar aus erster Hand und bevor wesentliche Entscheidungen getroffen werden. Angeregt wurde, dass Gutachtenergebnisse und aktuelle Informationen zum Verfahrensstand in den einzelnen Gemeinderäten vorgestellt werden. Auch eine Einbeziehung der Gemeinderäte im Projektbegleitkreis und den Arbeitsgruppen wurde von einigen Teilnehmenden diskutiert. Dies, so wurde von großen Teilen der Gruppe kritisch angemerkt, könne allerdings zu einer Politisierung der Debatten führen. Einig war man sich, dass die Diskussion von Sachfragen im Mittelpunkt stehen solle. Angeregt wurde auch, dass je konkreter die Planungen, je fortgeschrittener die Planungsphase, desto mehr müssten die Gemeinderäte miteinbezogen werden. Hierfür müsse eine geeignete Form gefunden werden.

WER? Generell müssten die Gemeinderäte aller Fraktionen, inklusive der Ortschaftsräte/ Ortsbeiräte, beteiligt werden. Für den Projektbegleitkreis wurde vorgeschlagen, jeweils einen Vertreter – z.B. den Bürgermeister – zu entsenden. Dieser müsste dann an den gesamten Gemeinderat seiner Kommune berichten.



Öffentliche Veranstaltungen

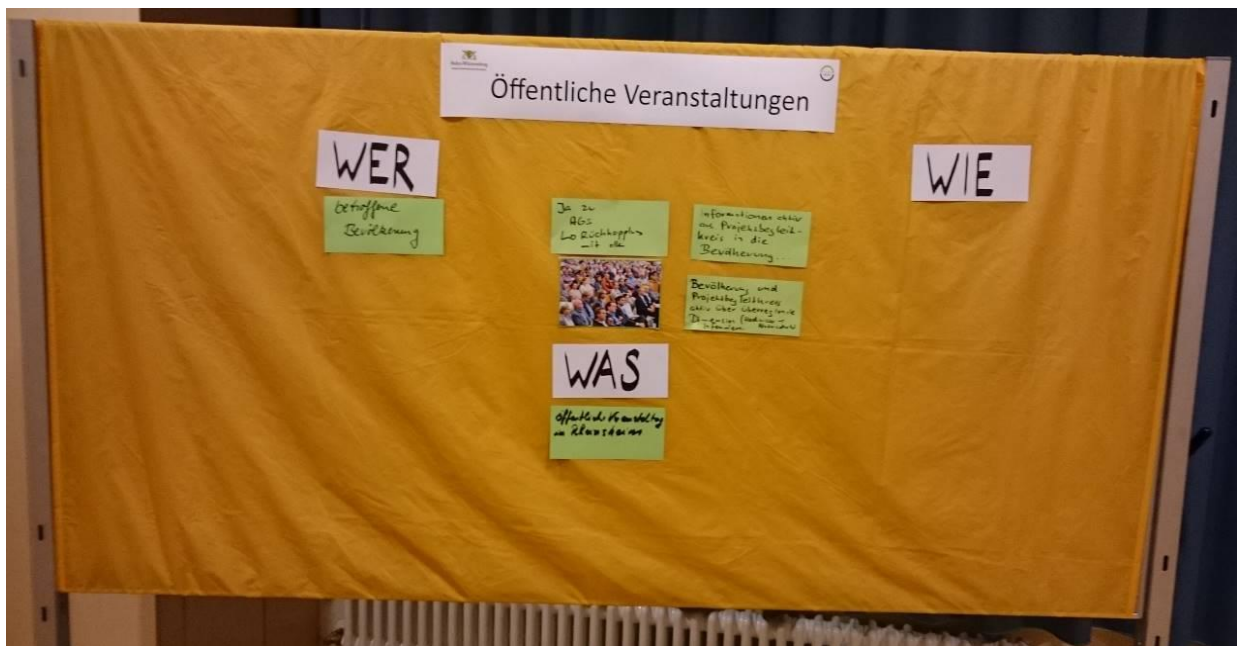
Eine der klassischen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind große öffentliche Veranstaltungen wie zum Beispiel Bürgerforen oder Bürgerinformationsveranstaltungen. Dass diese Form auch im Zuge der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Rückhalteraum Elisabethenwört Anwendung findet, hatte das Regierungspräsidium bereits im Vorfeld in Aussicht gestellt. Folgende Antworten zu den Fragen, **WAS** Gegenstand der Veranstaltungen sein könnte, **WIE** diese aussehen und **WER** die Protagonisten und die Zielgruppe sein könnten, wurden entwickelt:

WAS? Durch die Veranstaltungen sollte die breite Öffentlichkeit die Möglichkeit erhalten, sich zum aktuellen Verfahrensstand zu informieren. So sollte jeweils ein Rückblick auf bislang Erreichtes, erfolgte Erhebungen und Gutachtenergebnisse, als auch ein Ausblick auf die nächsten Planungsschritte und zukünftige Beteiligungsmöglichkeiten geboten werden.



WIE? Eine öffentliche Großveranstaltung pro Jahr könnte reichen, so die Meinung der Teilnehmenden. Die Veranstaltungen sollten jeweils professionell moderiert und sorgfältig dokumentiert werden. Die Frage nach den passenden Formaten und Methoden blieb noch unklar und müsse im Einzelfall – je nach Thematik, Anlass und Zielsetzung – geprüft werden.

WER? Auf den Veranstaltungen sollten sowohl der Vorhabenträger, das Planungsteam und die Gutachter, als auch die Mitglieder des Projektbegleitkreises und der Arbeitsgruppen auftreten, um von ihrer Arbeit zu berichten, lautete ein Vorschlag. Die Veranstaltungen sollten sich an die breite, insbesondere die betroffene Bevölkerung in der Region richten.



Presse- und Medienarbeit

Auch eine aktive Presse- und Medienarbeit ist unabdingbarer Teil erfolgreicher Öffentlichkeitsbeteiligung. Über **WAS** für Themen berichtet werden sollte, **WIE** kommuniziert werden und **WER** darin eingebunden werden könnte, wurde wie folgt diskutiert:

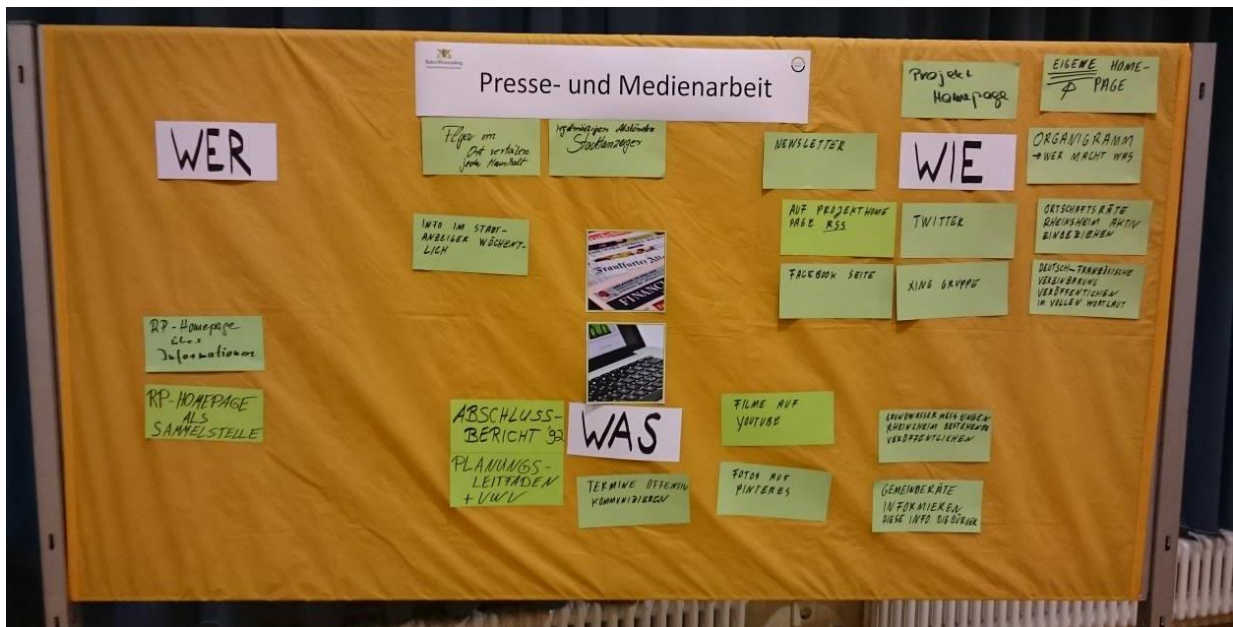
WAS? Die Themen der Presse- und Medienarbeit sollten das gesamte Spektrum der Planungsarbeit und deren Öffentlichkeitsbeteiligung abdecken. So könnten zunächst bereits bestehende Basisinformationen wie die deutsch-französische Vereinbarung, der Abschlussbericht aus dem Jahr 1992, Grundwasser-Messstände aus Philippsburg, die Baden-Württembergische Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung und der dazu gehörige Planungsleitfaden veröffentlicht werden. Im weiteren Projektverlauf sollten dann kontinuierlich Planungsfortschritte, Gutachtenergebnisse, sowie Berichte aus dem Projektbegleitkreis, den Arbeitsgruppen und von öffentlichen Veranstaltungen kommuniziert werden. Zudem sollten alle für die Planung und die Öffentlichkeitsbeteiligung relevanten Termine frühzeitig angekündigt werden.



WIE? Die Teilnehmenden identifizierten folgende Kanäle, die für die Presse- und Medienarbeit zum Rückhalteraum Elisabethenwört geeignet wären und dabei verschiedene Zielgruppen ansprechen.

- Printmedien, z.B. den Stadtanzeiger
- Eigene Internetseite für das Projekt, inklusive RSS-Feed, als Sammelstelle für Informationen
- Social Media (Twitter, Facebook, Xing, Youtube, Pinterest, etc.)
- E-Mail-Newsletter
- Flyer in Haushalten der betroffenen Kommunen verteilen

WER? Die Presse- und Medienarbeit sollte nicht allein beim Regierungspräsidium liegen, sondern andere, bereits in der Öffentlichkeitsbeteiligung involvierte Akteure einbinden, so ein Bürger.

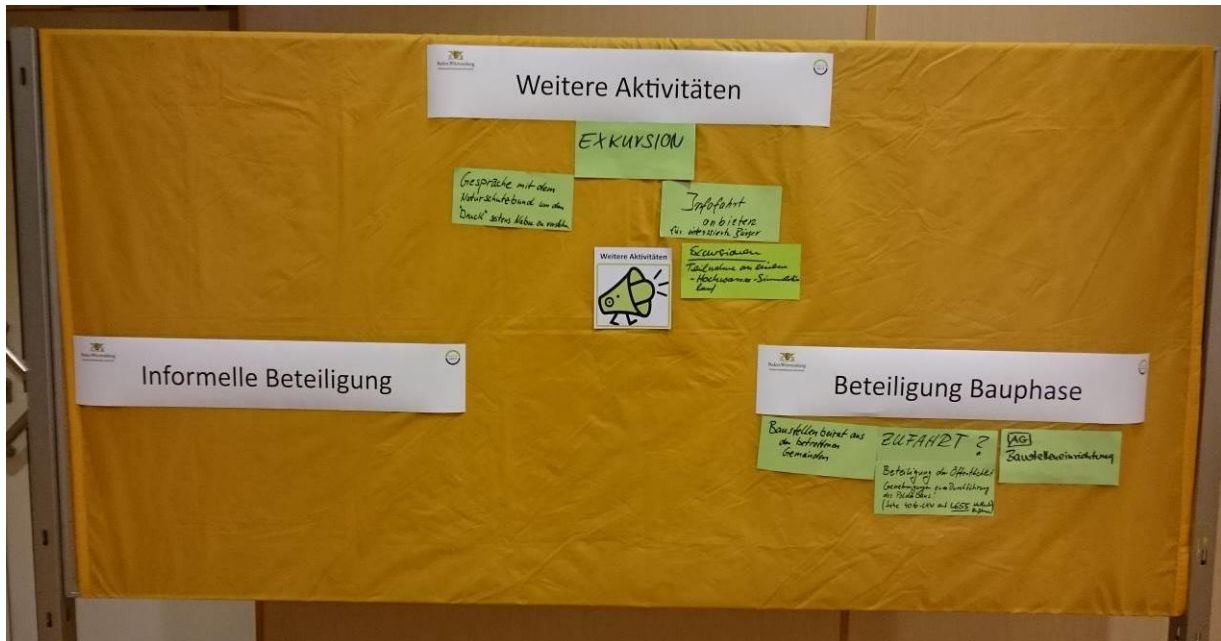


Weitere Aktivitäten

Abseits der vorgeschlagenen Module der Öffentlichkeitsbeteiligung bot das Beteiligungsscopings noch ausreichend Möglichkeiten, weitere Ideen und Wünsche offen einzubringen. Folgende Aktivitäten wurden vorgeschlagen:

- Exkursionen für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu Negativ- und Positivbeispielen von Rückhalteräumen in der Region, zu einem Hochwasser-Simulationslauf und später zu der Baustelle des Rückhalterums Elisabethenwört
- Erfahrungsaustausch mit linksrheinischen Kommunen, die aktive Polder in Betrieb haben
- Gespräche mit den Naturschutzverbänden zu deren Position in Bezug auf den Rückhalteraum Elisabethenwört

- In der Bauphase: Einrichtung eines Baustellenbeirats mit Mitgliedern der direkt betroffenen Kommunen, die insbesondere die Zufahrtswege zu den Baustellen betrachten



Themenspeicher

Im Verlauf des Abends wurden weitere Themen angesprochen, die über die klar abgrenzbare Frage der Planung des Rückhalteraums Elisabethenwört hinausgehen. Diese Beiträge oder Fragen wurden in einem „Themenspeicher“ gesammelt:

- Bereits vorhandene „Schnakenplage“
- Katastrophenschutz: Entwicklung und Kommunikation eines Katastrophenplans „Hochwasser für RP-Karlsruhe“ ebenfalls auf der Seite des RPs
- Erneute Überprüfung der Notwendigkeitsbewertung aus dem Abschlussbericht von 1992
- Null-Variante: Möglichkeit sowie Sinn und Zweck einer Null-Variante (Mehrfachnennung als wichtiges Thema). Es wurde gefragt, ob und wie ein „Nein“ der Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden könne.
- Überlagerung: Durch bereits bestehende und geplante Infrastrukturprojekte in der Region – Atomkraftwerk, Gefahrenstofflager, Windpark, Konverter, Rückhalteraum Rheinschanzinsel – sind die Bürgerinnen und Bürger (v.a. in Philippsburg) ohnehin schon belastet.
- Dämme: Verschiedentlich wurde Kritik formuliert an der Pflege der bestehenden Dämme und am Stand der Sanierungsmaßnahmen.

Diese Fragen müssten vermutlich an anderer Stelle geklärt werden.



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE



Allen Beteiligten vielen Dank für die aktive und konstruktive Mitarbeit! Auf diesen Ergebnissen aufbauend, findet die Fortsetzung des Beteiligungsscopings für die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung am 25. Februar 2015 statt. Bis zu diesem Datum wird das Regierungspräsidium Karlsruhe die Ideen und Vorschläge hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit prüfen. Ziel wird es dann sein, das erarbeitete Material zu verdichten und einen konkreten Beteiligungsfahrplan abzustimmen.

Anhang

Liste der Teilnehmenden

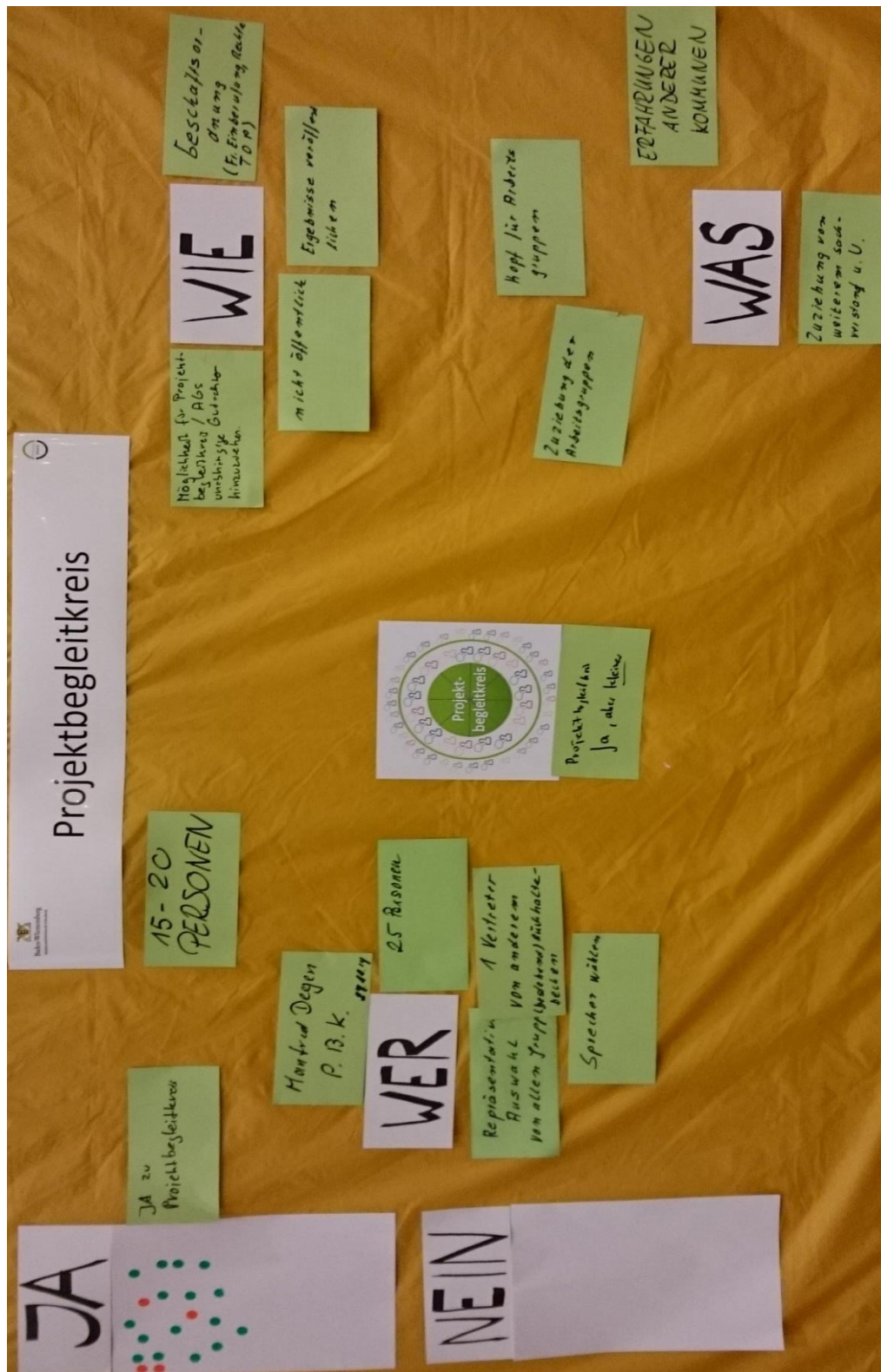
Organisation	Teilnehmer
Bürgerinnen und Bürger	12 bei der Informationsveranstaltung am 23. Juli ausgewählte interessierte Bürgerinnen und Bürger 5 Grundstückseigentümer und Pächter
Kommunen	Gemeinde Dettenheim – 3 Teilnehmer Stadt Philippsburg – 8 Teilnehmer
Vereine	Rheinbrüder Karlsruhe e.V. - 2 Teilnehmer Verband für Fischerei und Gewässerschutz in Baden-Württemberg e.V. – 1 Teilnehmer Verein für Vogel- und Naturschutz Dettenheim 1988 e.V. – 1 Teilnehmer Wassersportclub Rheintreue Rheinsheim – 2 Teilnehmer
Verbände	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) – 4 Teilnehmer (Landesverband Baden-Württemberg e.V.) Landesfischereiverband Baden-Württemberg e.V. – 1 Teilnehmer Arbeitsgemeinschaft der Naturfreunde in Baden-Württemberg – 1 Teilnehmer (Naturfreunde Mittelbaden) Bauernverband – 1 Teilnehmer
Behörden	Landratsamt Karlsruhe – 2 Teilnehmer Landkreis Gernsheim – 1 Teilnehmer Forstamt Pfälzer Rheinauen – 1 Teilnehmer RP Karlsruhe, Ref. 56, Naturschutz und Landschaftspflege – 1 Teilnehmer



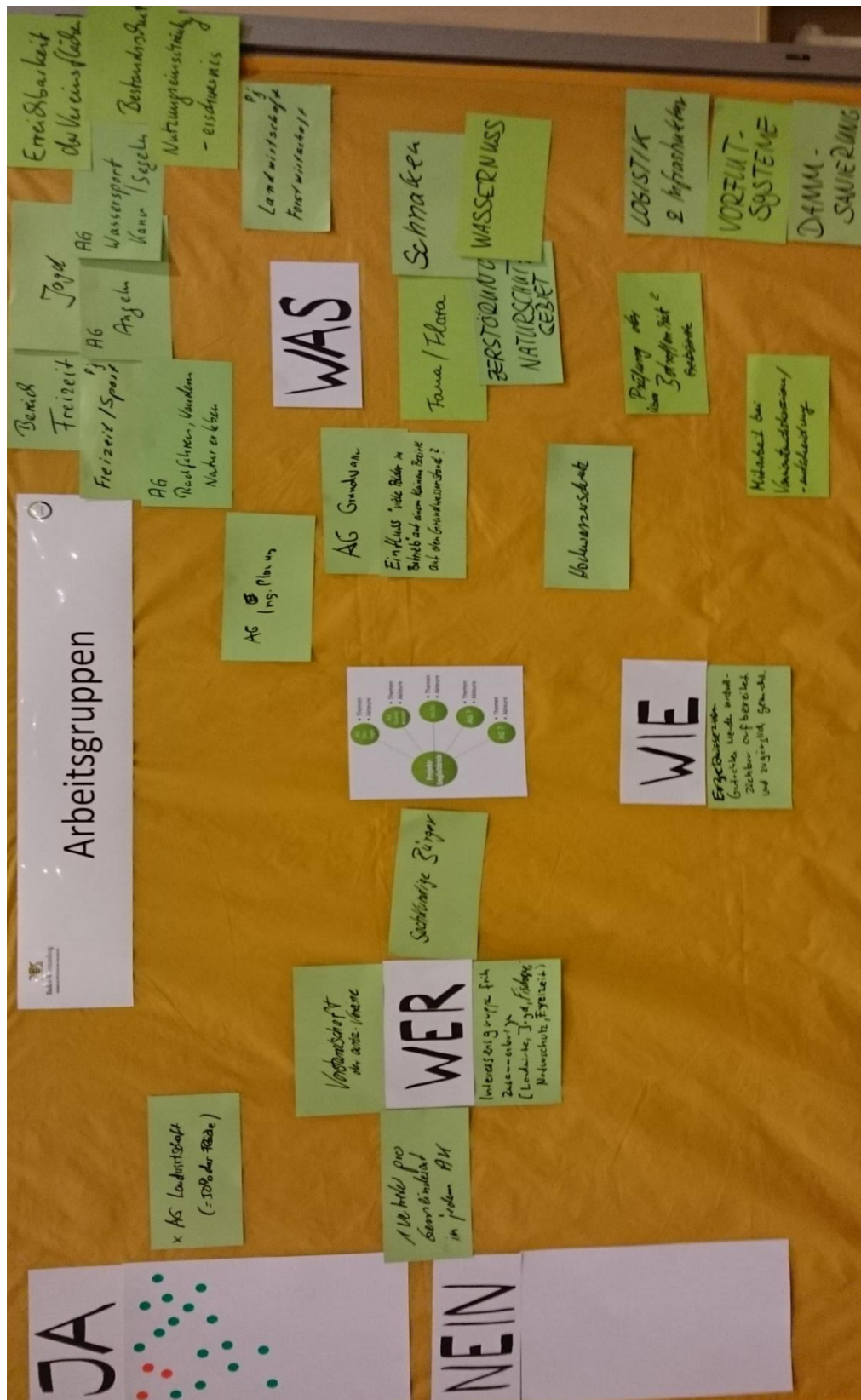
Vorhabenträger	Horst Kugele, RP Karlsruhe, Referat 53.1, Referatsleiter Ralf Hübner, RP Karlsruhe, Referat 53.1, Projektleiter Silke Tänzel, RP Karlsruhe, Referat 53.1, Projektmanagerin
Projektsteuerung	Dr. Bruno Büchele, wat Ingenieurgesellschaft mbH Sven Koschnike, wat Ingenieurgesellschaft mbH Fanny Krautz, wat Ingenieurgesellschaft mbH
Moderation	Dr. Antje Grobe, DIALOG BASIS Johannes Nöldeke, DIALOG BASIS Philipp Morath, DIALOG BASIS

Themen-Wände

1) Projektbegleitkreis

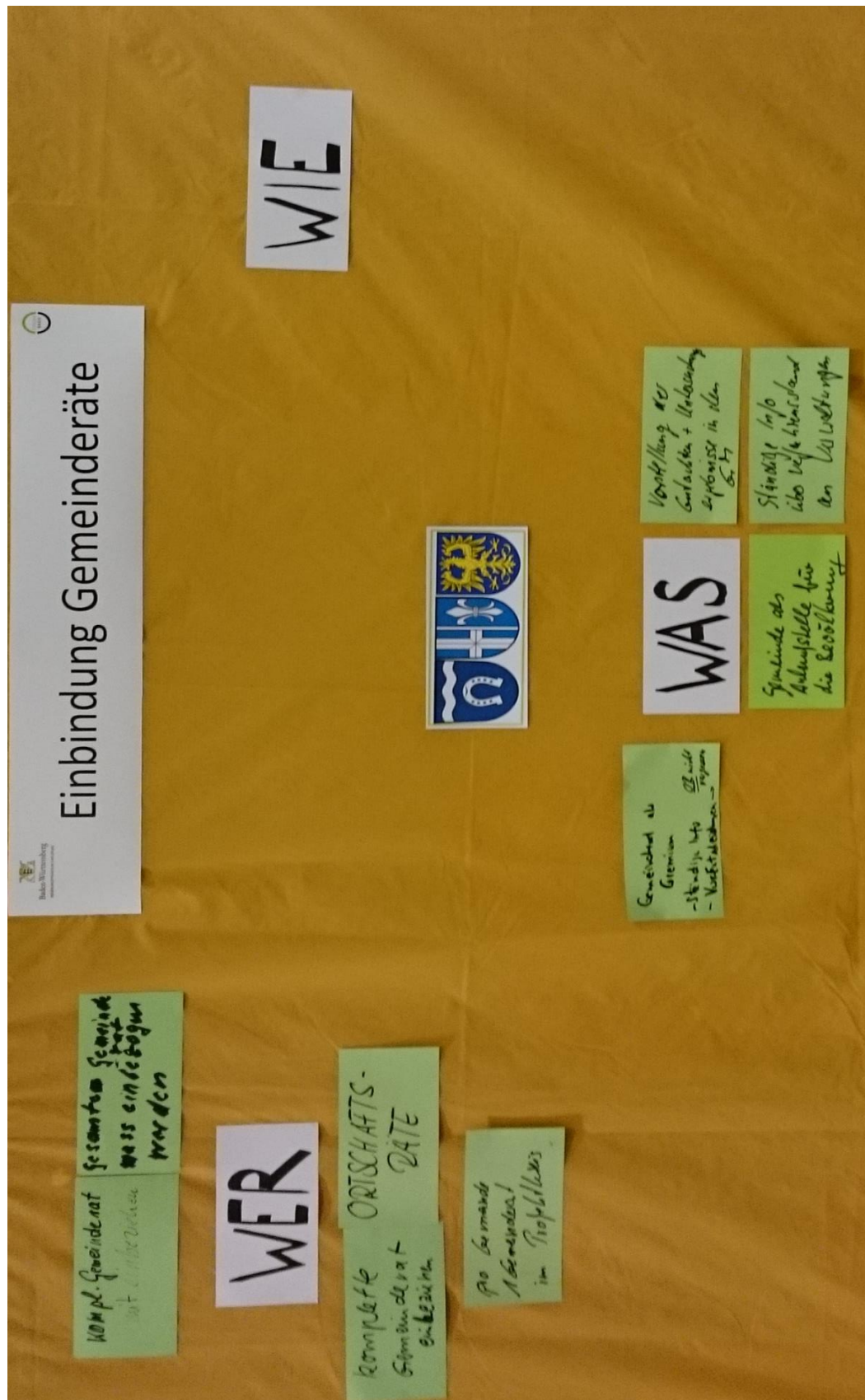


2) Arbeitsgruppen



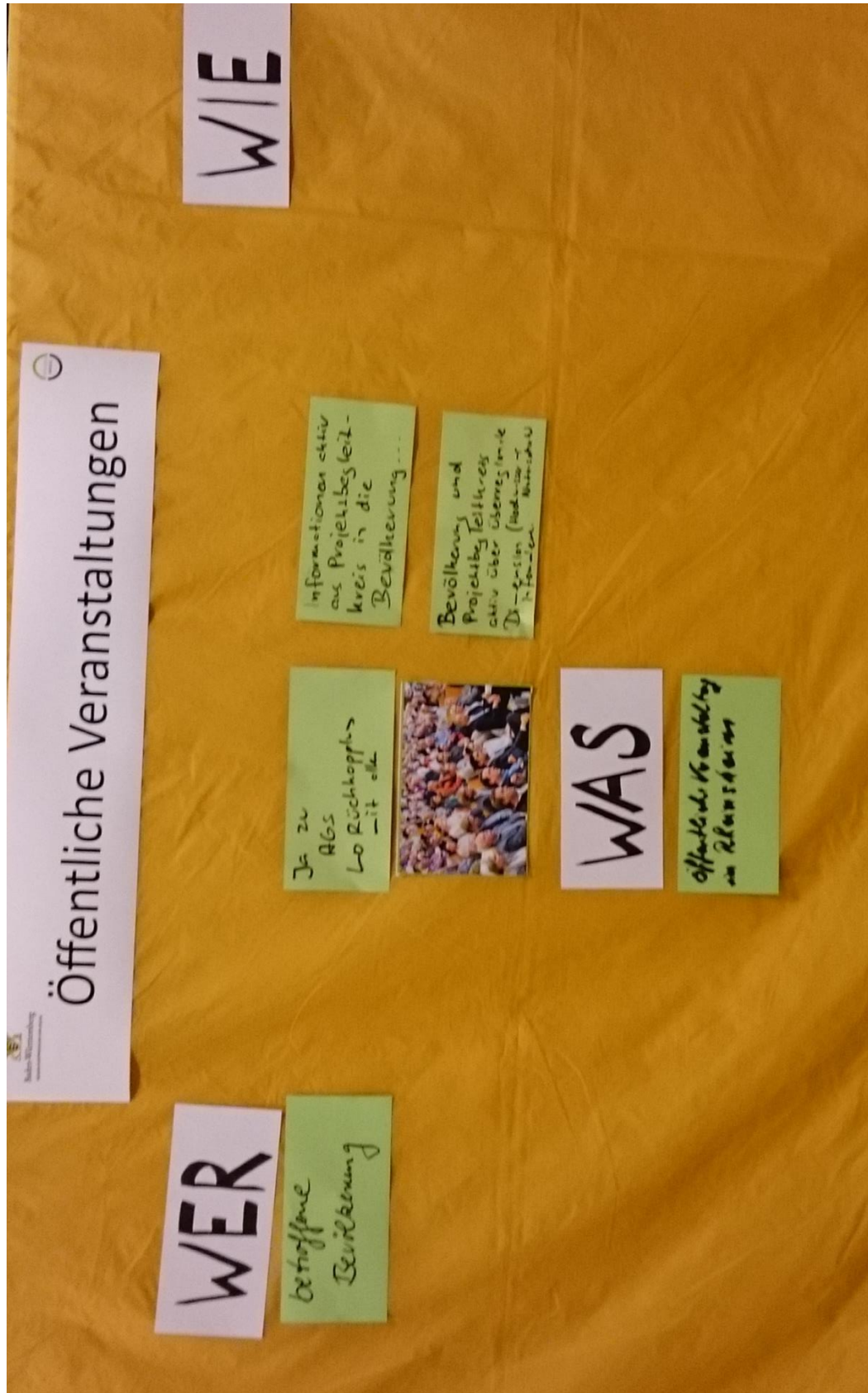


3) Einbindung Gemeinderäte

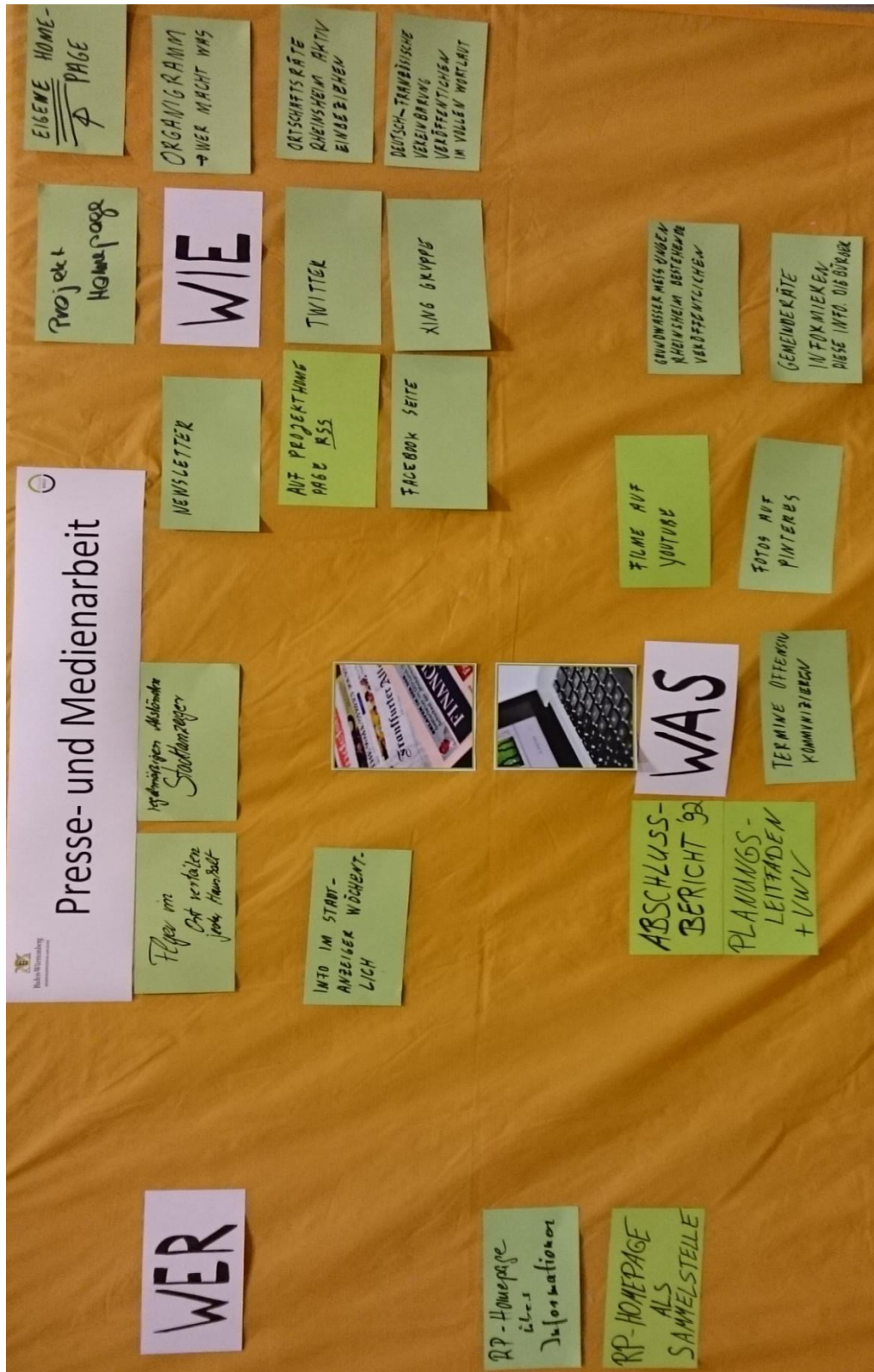




4) Öffentliche Veranstaltungen



5) Presse- und Medienarbeit





6) Weitere Aktivitäten

